



Presseinformation

Nr. 410/2011

Kiel, Montag, 22. August 2011

Innen und Recht / Bleiberechtsregelungen

Gerrit Koch: Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit gebietet eine gesetzliche Regelung

Zum Vorstoß des Justizministers Emil Schmalfuß zur Änderung des Aufenthaltsrechts erklärt der innen- und rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Gerrit Koch**:

„Der Vorstoß von Justizminister Schmalfuß ist angemessen und richtig. Die in den vergangenen Wochen bekannt gewordenen Fälle gut integrierter Jugendlicher, die von Abschiebung bedroht waren und sind, haben deutlich gemacht, dass hier ein Regelungsbedarf besteht.“ Die Erfahrung habe gezeigt, dass sich eine große Zahl geduldeter Ausländer erfolgreich in die deutsche Gesellschaft eingebracht habe, erklärt Koch. Mit Blick auf das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit wäre es besser, wenn Fragen, die ein solches Gewicht für die Betroffenen haben, generell per Gesetz geregelt würden und nicht ständig Einzelfallentscheidungen getroffen werden müssten. Die FDP habe humanitären Wegen im Bereich der Integrationspolitik schon immer aufgeschlossen gegenübergestanden, betont Koch abschließend.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

www.fdp-sh.de